



Leseprobe aus Steil und Palloks, Religiöse Fremdheit im lokalen Konflikt,
ISBN 978-3-7799-6210-6
© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-7799-6210-6](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6210-6)

Kapitel 1

Die lokale Gemeinschaft im Beziehungskrieg

Der eskalierende Konflikt²⁸

„Feindseligkeiten hindern nicht nur die Abgrenzungen innerhalb der Gruppe am allmählichen Verschwimmen [...], sondern darüber hinaus sind sie direkt soziologisch produktiv: sie geben Klassen und Persönlichkeiten erst ihre gegenseitige Stellung, die diese nicht oder nicht so gefunden hätten, wenn etwa die objektiven Ursachen der Feindseligkeit zwar genau so vorhanden und wirksam gewesen, aber nicht von dem Gefühle und den Äußerungen der Feindschaft begleitet wären.“

(Georg Simmel, Der Streit)²⁹

Noch heute, nach vielen Jahren, hört man bei allen, die dabei waren, den Schrecken heraus über das, was geschehen war – und noch hätte geschehen können. Eine Beobachterin: *„Es war der blanke Wahnsinn. [...] Das war eine Katastrophe. Und aus Sicherheitsgründen ist das dann ja abgebrochen worden.“* (Expertin). Der Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Moscheebau räumt ein, dass die Veranstaltung *„leider Gottes völlig aus dem Ruder gelaufen“* und es zu *„wirklich unschönen Szenen“* gekommen sei (Sprecher PI). Und der Imam der Moscheegemeinde bekennt: *„Das war in meinem 66-jährigen Leben das erste Mal in Deutschland, wo ich mich unsicher fühlte. [...] Natürlich werden wir in Pakistan verfolgt. Aber dass ich so einen Moment in Deutschland erleben würde, war für mich unvorstellbar.“*

Schon vorher sei es, so die Sprecherin der Toleranzinitiative, im ganzen Ort *„totenstill“* gewesen: *„Das war wie im Film. Alle Menschen [...] strömten zu dieser Turnhalle, standen in Scharen davor.“* Der Saal, in dem die Bürgerversammlung stattfinden sollte, war derart überfüllt, dass die Türen geschlossen werden mussten; die Draußenstehenden sahen sich ausgeschlossen. Der Sprecher der Bürgerinitiative beklagt *„das dilettantische Verhalten der Politiker“*. Zwar habe

28 Für diese Fallstudie wurden fünf Interviews mit sechs Personen durchgeführt: mit dem damaligen Sprecher der Protestinitiative (Sprecher PI), zwei dort engagierten Anwohnerinnen (Anwohnerin PI 1 und 2), dem Imam der Moscheegemeinde (Imam), der damaligen Sprecherin der lokalen Toleranzinitiative (Sprecherin TI) und einer Sozialraumexpertin, die als Moderatorin einer Diskussionsveranstaltung beteiligt war (Expertin).

29 Simmel 1992, S. 288 f.

man der Menge noch versprochen, die Diskussion per Lautsprecheranlage zu übertragen. Aber „*urplötzlich*“ hätte es dann geheißen: „*Wir brechen die Veranstaltung ab, aus Gründen der Sicherheit.*“ Dann sei die Stimmung ins Aggressive gekippt.

Der Imam: „*Plötzlich kamen zusätzlich Leute, die wir nicht erwartet haben. Es waren 1.200 Leute im Hof der Schule zusammengekommen. Der Saal war voll bis zum letzten Platz. Einige Leute standen, weil sie keinen Stuhl gefunden hatten. Dann sind Leute durch die Fenster geklettert und haben angefangen, mit lauter Stimme gemeinsam zu skandieren: ‚Wir sind das Volk!‘*“

Auf den wackligen Bildern eines kurz darauf gesendeten Fernsehbeitrags³⁰ sind Ausschnitte des Geschehens dokumentiert:

Der Polizeibeamte tritt vor das Mikrophon und erklärt der dichtgedrängten Menge im Saal, dass die Veranstaltung beendet sei. Mit fester, ruhiger Stimme, nachdrücklich, doch ohne laut zu werden, fordert er das Publikum auf, „den Saal zu räumen“ und „geordnet“ zu verlassen. Daraufhin: Bilder kopfschüttelnder Menschen, höhnisches, empörtes Lachen, laute Rufe. Bilder einer erregten Menge, in der einige Personen aufgesprungen sind, überwiegend Männer, die rechte Faust hoch erhoben, nach vorne, in Richtung des Podiums schwenkend und dazu mit lauter, erregter Stimme den Satz skandierend: „Wir sind das Volk!“ In Großaufnahme erscheint ein junger Mann in rechtsextremem Outfit und martialischem Habitus; mit hochgerecktem Zeigefinger und tiefer, heiserer Stimme brüllt er den Slogan mit. Ein Mann vorne dreht sich nach hinten um, als möchte er sich vergewissern, nicht alleine zu sein.

Ein Schnitt führt uns nach draußen, wo derselbe Ruf aus einer unüberschaubaren Menschenmenge aufsteigt. Im Vordergrund ein älterer Mann, die Faust erhoben, mit lauter Stimme skandierend; neben ihm zwei Frauen, die, leiser, mitrufen; mit verschränkten Armen und etwas verlegenem Gesichtsausdruck blicken sie in Richtung der Kamera.

Die Bilder bilden eine dreistufige Handlungssequenz: zuerst die Anordnung des Polizeibeamten, dann wirre Erregung und Empörungslaute, schließlich ein Sprechchor mit im Takt der Rufe rhythmisch geschwungenen Fäusten. Am Anfang die imperative Sprechhandlung eines Repräsentanten staatlicher Macht; dann unstrukturiertes Erregungshandeln, Gesten und Laute, die Unverständnis, Hilflosigkeit und Empörung anzeigen; schließlich ein doppelter Akt der Formgebung, das choreographische Arrangement der koordinierten Gesten und der gemeinsame Ruf, der den kollektiven Affekten Sprache verleiht. Die Menge formt sich

30 Der Beitrag ist im Netz abrufbar unter: http://www.rbbonline.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/migration_integration/blinder_volkszorn.html [letzter Abruf 25.02.2011]. Die Dramaturgie dieses Beitrags, der für die mediale Konstruktion des Konfliktes eine Schlüsselfunktion zukommt, wird im Kapitel 1.4.1 ausführlich analysiert.

zur Erregungsmasse und vollzieht einen spontanen und kollektiven Akt der Selbstdeutung (als „Volk“). Die erhobenen Fäuste suggerieren Macht und bergen eine Gewaltdrohung. Physiognomien des Entschlossenseins: die Gesichter gespannt, die Lippen zusammengepresst. Die Erregung bleibt aber noch gebändigt. Eine Masse, die sich als Macht zur Geltung bringt. Ein Kollektiv, das im Begriff steht, zur Aktion überzugehen. In diesem Augenblick kehrt sich die anfängliche Konstellation um. Während man dort Adressat einer behördlichen Anordnung, Objekt staatlicher Macht war, tritt man dieser Macht nun als Gegenmacht, als geschlossene, zum Handeln entschiedene Masse entgegen, die ihre Bedrohlichkeit demonstriert.

Sieht man sich die Szene wiederholt an, macht man eine irritierende Beobachtung. Die Erregungsmasse, die man wahrnimmt, ist keineswegs so homogen, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Ein Teil des Publikums sitzt mit dem Rücken zur Kamera; sie recken auch keine geballten Fäuste. Stimmen sie in die Rufe ein oder bleiben sie stumm? Die Kamera gibt uns darauf keine Antwort. Stattdessen fasst sie den martialischen Mann in Großaufnahme in den Blick. Seine Gestik und Physiognomie verraten jene „Konfrontationsanspannung“ (Collins 2011, S. 67), die, nach Randall Collins, dem Gewalthandeln vorausgeht. In ihm hat die Masse ein Gesicht bekommen, das der faschistischen Gewalt.

Was hier geschah, gibt den Beteiligten bis heute Rätsel auf. Eine Bürgerversammlung hatte stattfinden sollen, bei der das Bauprojekt einer muslimischen Gemeinde vorgestellt werden sollte. 300 Plätze umfasst der Saal der Schule, schätzungsweise 1.200 Personen hatten Einlass gesucht, das Haus wurde wegen Überfüllung geschlossen, die Ausgeschlossenen empörten sich. Die kollektive Empörung artikuliert sich in vereinzelt Ruf, die sich dann zum Chor auswachsen: „Wir sind das Volk.“ Die Erregungswelle setzte sich von außen nach innen fort. Als die Polizei aus Besorgnis über die Sicherheitslage die Veranstaltung absagte und die Teilnehmer aufforderte, sich zu entfernen, kam es zur Empörungsexplosion, die die Filmszene dokumentiert. Sie lief aber ins Leere; das Handeln der Erregungsmasse erschöpfte sich in symbolischen Gesten. Der Filmbeitrag eines anderen Senders zeigt eine Teilnehmergruppe, die tatsächlich den Saal „geordnet“ verlässt; wie es scheint etwas verlegen über das, was geschehen war. Die Ordnung schien wiederhergestellt.

Die Ausdrucksgestalt, welche die kollektive Erregung spontan erfand, der Ruf „Wir sind das Volk“, verfestigte sich im Fortgang dieses Konflikts zum politisch-ideologischen Programmsatz eines Protests, der sich mit seinem lokalen Anlass, dem Moscheebauprojekt, nicht mehr begnügte und zur Fundamental Kritik radikalisierte, die zwei Gegner attackierte, den organisierten Islam und die politische Elite des Landes. Man kann in diesem Ruf die Ankündigung eines politischen Projekts erkennen, das seither unter dem Begriff des „rechten“ oder „nationalen“ Populismus gefasst wird. Aus diesem Konflikt heraus entstand die erste Partei auf deutschem Boden, die sich einer solchen Programmatik ver-

schrieben hatte – das allerdings völlig erfolglose, im Jahr 2016 durch Selbstauflösung beendete Parteiprojekt der „Freiheit“.

Dem vorausgegangen war ein außergewöhnlich erbitterter Streit, der nicht nur die Bürgerschaft und politische Elite des Stadtteils, sondern auch die (groß-)städtische Öffentlichkeit, Landes- und Bundespolitik, städtische, nationale und sogar internationale Presse aufwühlte. Ein wiederholt bis an die Schwelle zur Gewalt eskalierender Konflikt, der für den Protest jedoch mit einer Niederlage endete.

Wie konnte es zu einem Streit von solchem Ausmaß, solcher Intensität und Dauer kommen? Warum eskalierte der Konflikt bis an die Gewaltschwelle? Und wie erklärt sich die nationalpopulistische Radikalisierung eines ursprünglich rein lokalen Anliegens? – Wir nähern uns diesen Fragen in einem ersten Schritt mit einem Porträt des Stadtteils.

1.1 Die Moschee im Dorf: Der soziale Raum des Konflikts

Wer H. zum ersten Mal sieht, wird kaum glauben, dass von hier ein Konflikt dieses Ausmaßes ausgehen konnte: Ein ehemaliges Straßendorf von gerade einmal 6.500 Einwohnern in der großstädtischen Peripherie, von etlichen Kleingarten-Kolonien durchgrünt, in das sich noch Anfang des letzten Jahrhunderts die Großstädter zur Erholung flüchteten und das erst spät durch Eingemeindung mit der Stadt zusammenwuchs. Wie nahe man hier bereits dem ländlichen Umland ist, wird an den Bebauungslücken sichtbar. Gründerzeitbauten wechseln sich mit Einfamilienhäusern ab; einige von diesen sind nach der „Wende“ entstanden, andere stammen aus DDR-Zeiten und wieder andere sind ehemalige Bauernhäuser mit Nebengelassen aus länger vergangenen Zeiten.

Immer wieder werden die Reihen der Gründerzeit- und Einfamilienhäuser entlang der Hauptstraße unterbrochen von (Kleinst-)Gewerbebetrieben, die mit bunten Werbebannern das Straßenbild prägen. Zu Zeiten der DDR wandelte sich das Gesicht des einst dörflichen Viertels aufgrund massiver Verdichtung größerer oder kleinerer Betriebe; man errichtete provisorische Bauten, deren Ästhetik der Volksmund mit dem Namen „Barack“ charakterisierte. Nach der „Wende“ schossen dann Tankstellen, Kfz-Märkte und andere Gewerbebetriebe wie Pilze aus dem Boden. Dort, auf dem Gelände einer ehemaligen Sauerkrautfabrik und in unmittelbarer Nachbarschaft einer Autowerkstatt auf der einen und der Dependance einer amerikanischen Hähnchen-Braterie auf der anderen Seite, fand dann auch die so hart umkämpfte Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde ihren Platz. Fährt man heute auf der Ausfallstraße Richtung Autobahn, ist der kleine weiße Bau mit Minarett allerdings nur halb zu sehen; er wird teilweise von dem Bau einer Imbisskette verdeckt, dessen Farbgebung und architektonische Gestaltung der Moschee in verblüffender Weise ähnelt.

Malerisch präsentiert sich der alte Stadtkern mit der uralten Dorfkirche aus dem 13. Jahrhundert. Doch steht dieses Postkartenbild in schrillum Kontrast zur akustischen Lärmkulisse, die ihn umgibt. Durchgangsverkehr flutet von früh bis spät durchs Zentrum und lässt ein Verweilen auf der Terrasse der traditionsreichen Gastwirtschaft nicht attraktiv erscheinen. Der nahegelegene Flughafen vervollständigt mit permanentem Fluglärm noch den Eindruck, dass vieles durch den Ort hindurch strömt, aber nur wenig dort bleibt. Tag für Tag strömen anonyme Menschenmassen durch den Ort, ohne anzuhalten. Auch seine Bewohner finden im Alltag kaum zueinander. Man findet hier weder Apotheke noch Post. Hier

„gibt es eigentlich, im sozialen, kulturellen Sektor nichts, gar nichts mehr. Keinen Jugendclub. Das, was die H.er mit dem Rest der Republik verbindet, ist das Kaufland. [...] Ich glaube, das ist das einzige, wo man sich hier trifft – beim Einkaufen. Da kann man sich austauschen, was es wie wo gibt und was es nicht gibt. Ansonsten gibt es hier nichts.“ (zit. nach Bahr u. a. 2007, S. 9)

Symptomatisch für die Geschichte des Ortsteils sind die allesamt gescheiterten Versuche, repräsentative Bauten zu errichten. Zwar kann der alte Wasserturm als sein Wahrzeichen gelten; dieser zu Anfang des letzten Jahrhunderts errichtete Bau sollte der wachsenden Stadtbevölkerung zur Wasserversorgung dienen. Auf der Spitze des weithin sichtbaren Turms sollte damals eine große kupferne Kuppel prangen. Dieser Plan aber wurde ebenso wenig verwirklicht wie ein zweites Repräsentationsgebäude, ein Rathaus. In diesem Scheitern spiegelt sich das Schicksal dieses Ortes, das es seinen Bewohnern selten erlaubte, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

„Eigentlich schade, dass den H.ern kein Rathaus zugestanden wurde! So bekam der Ort dann auch (längerfristig jedenfalls) keine Bürgermeister, die die Interessen der Gemeinde hätten durchsetzen können.“³¹

Die jüngere Geschichte des Ortsteils ist von Entscheidungen geprägt, die tiefgreifende Veränderungen mit sich brachten; glaubt man den Ortschronisten: meist Verschlechterungen. Zur Zeit der DDR waren das Rieselfelder, die zur „toxischen Deponie“ geworden waren und bei ungünstiger Witterung das Ge-

31 Zu Geschichte und geografischen Gegebenheiten des Ortes vgl. Dr. Jürgen Beckert unter Mitarbeit von Dr. Lutz Rothkirch und Helga Rothkirch in Anlehnung an einen Vortrag auf der Zukunftskonferenz H. am 17.11.2007: <http://www.zukunftswerkstatt-heinersdorf.de/index.php/heinersdorf/geschichte-und-geografische-gegebenheiten> [letzter Abruf 02.05.2018].

ruchsbild prägten, Abgasemissionen der angrenzenden Gewerke und der Ausbau eines Tiefbau-Betriebs zu einer Mega-Fabrik, der Kulturlandschaften des Ortes (Wiesen, Gärten, Weideflächen) verschwinden ließ. In den 80er Jahren drohte der komplette Abriss des Ortsteils, der einer neuen Plattenbau-Großsiedlung weichen sollte (was nur wegen des ungeeigneten Baugrunds abzuwenden war). Eine Hochspannungsleitung schottete den Ortsteil dann zum benachbarten Bezirk hin ab. Nach der Wiedervereinigung wurde der Ortsteil in mehreren Gebietsreformen hin und her geschoben, was lokale Identifikationen zerstörte.

All diese Veränderungen geschahen offenbar stets ohne Mitsprache der Bevölkerung. Ein Ortschronist führt diese wiederholten Erfahrungen von Machtlosigkeit mit einer den Ort prägenden Mentalität zusammen:

„Für Außenstehende muss man vielleicht den Hinweis einflechten, dass die Behörden bisher, insbesondere zu DDR-Zeiten, immer gewohnt waren, sich uneingeschränkt und rücksichtslos der Möglichkeiten, die der Ort bot, zu bedienen. [...] Einsprüche und Mitplanen wurden aber nicht geduldet. Deshalb sind ältere H.er passiv geworden, nehmen alles hin, wie es eben angeordnet wird.“ (ebd.)

Trotz seiner peripheren Lage und manchen Benachteiligungen wäre es aber unzutreffend, H. als depraviertes Problemquartier zu betrachten. Von Anfang an war seine Bewohnerschaft zwar nicht reich, doch eher gut situiert, teilweise auch wohlhabend. Die Urbevölkerung bewirtschaftete eigene Ländereien und Höfe oder betrieb Subsistenzwirtschaft, die sie ein Stück weit unabhängig von den gesellschaftlichen Entwicklungen der Metropole hielt. Auch heute noch gehört H. im gesamtstädtischen Vergleich zu den bessergestellten Wohnvierteln: Der Sozialindex liegt überall deutlich über dem städtischen Durchschnitt; der Anteil der Empfänger staatlicher Transferleistungen ist unterdurchschnittlich. Generell gibt es einen sehr hohen Anteil an Wohneigentum; nur wenige wohnen zur Miete. Eine Studie dokumentiert die sozio-ökonomische Situation der Anwohnerschaft anhand der damals aktuellen Daten³²: „Die Verkehrszelle H. weist einen guten Sozialindex auf. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,5% befindet sich der Sozialraum in einer für Berliner Verhältnisse günstigen Position. Auch der Anteil von Sozialhilfeempfänger/innen gehörte 2003 zu den niedrigsten in Berlin.“ (Bahr u. a. 2007, S. 10 f.)

Bescheidener Wohlstand prägt das Bild dieses Ortes, den man im landläufigen Sinne getrost als ‚bürgerlich‘ bezeichnen darf. Ein Anwohner beschreibt seine Sozialstruktur so:

32 Die statistischen Angaben stammen aus dem Sozialstrukturatlas der Stadt Berlin: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Spezialbericht 2004-1, S. 313, 324.

„Die Klientel, die hier gelebt hat, waren immer die etwas begüterteren Gehaltsgruppen. Gewerbetreibende, also schon vor 25 Jahren Leute mit einem hohen Einkommen aufgrund ihrer Berufe oder eigener Firmen [...] Und im Prinzip gibt es hier nur diese R.-R.-Straße und rechts und links davon noch so ein Stückchen rein, wo es Mietshäuser gibt. Alles andere hier sind Einfamilienhäuser. Das hat sich erst in den letzten Jahren durch die Neubausiedlungen – jedoch auch Eigenheimsiedlungen – vermischt. Dass wir hier wirklich enormen Zuzug haben und sich damit die Klientel hier ein bisschen geändert hat, aber nicht unbedingt der soziale Status. Der soziale Status ist immer noch ‚ein bisschen besser.‘“ (zit. nach Bahr u. a. 2007, S. 8)

Betrachtet man die sozialstatistischen Kennziffern, erscheint H. als weitgehend homogenes Viertel, das im Unterschied zu vielen anderen der großstädtischen Metropole nur geringe Disparitäten aufweist. Doch der sozialökonomische Blick blendet die lebensweltlichen Differenzierungslinien aus, die das soziale Beziehungsgefüge prägen. Feine Unterschiede, nur Insidern erkennbar, trennen verschiedene Bevölkerungskategorien voneinander. Was sie unterscheidet, ist freilich kaum ihr Einkommensniveau oder Vermögen. Es ist vielmehr eine, von außen betrachtet unscheinbare, von innen gesehen jedoch höchst bedeutsame Differenz – die Differenz zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen.

Diese Unterscheidung in der Dimension der Zeit schreibt sich auch in die Struktur des sozialen Raumes ein. So ist der alte Dorfkern mit der mittelalterlichen Kirche, der Sitz und Zentrum der lokalen evangelischen Kirchengemeinde, auch die Domäne der sogenannten Urbevölkerung. Dort leben:

„alte, eingessene [...] Dorfverbände, wo eben immer noch dieses historisch gewachsene, alte Gefühl der ‚Ureinwohner‘ funktioniert. Man kennt sich, man hatte hier seine Ländereien, die einen waren Gemüsebauern, die anderen waren Blümchenzüchter [...] Hier gibt es eben ‚Namen‘ – die gab es schon immer. Das ‚haben die Großväter aufgebaut‘. [...] Die sind noch so ein bisschen: ‚Wir sind was anderes, wir sind was Besonderes, wir sind schon immer stiefmütterlich behandelt worden, [...] bei uns fängt es an, oder bei uns ist die Welt zu Ende.‘“ (zit. nach Bahr u. a. 2007, S. 8)

An den dörflichen Ortskern grenzt das Kleingarten-Gebiet an, das erst später zum Siedlungsgebiet erklärt wurde. Hier leben die „Zugezogenen“, relativ wohlhabende Familien, die sich schon zu Zeiten der DDR angesiedelt hatten. Von ihnen zu unterscheiden ist wiederum die jüngste Kohorte der Zugewanderten, die „*Neu-H.er*“, die sich im Neubaugebiet nach der „Wende“ angesiedelt hatten: junge Familien, die den überfüllten Bezirken der inneren Stadt zu entfliehen suchten, um ihre Konzepte vom guten Leben im Grünen nahe dem Urbanen zu verwirklichen.

Man mag überrascht sein, in einer modernen Großstadt dem Unterscheidungskriterium der Anciennität zu begegnen, das eher noch für ländliche Gemeinden charakteristisch ist. Aber H. ist tatsächlich im Grunde Dorf geblieben. Und als solches empfinden sich auch seine Bewohner. So lautete das Motto der ersten, von der Bürgerinitiative veranstalteten Protestkundgebung: „*Moschee im Dörfli, nee!*“.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch ein weiteres Strukturmerkmal ländlicher Gemeinden hier zu beobachten ist – weitgehende ethnische Homogenität. Der Ausländeranteil im Ortsteil lag zum Zeitpunkt der Auseinandersetzungen mit 1,7 % (Bahr u. a. 2007, S. 6) deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Das bedeutet freilich nicht, dass Erfahrungen ethnisch-kultureller Differenz völlig fehlen würden, oder man gar, wie es das weitverbreitete Klischee vom fremdheitsignoranten Ossi besagt, durchweg fremdenfeindlich gesonnen wäre. H. hat sich in den 90er Jahren mit der Unterstützung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge durch Spendensammlungen und Sponsoring hervorgetan.

Umso rätselhafter mag erscheinen, dass die Nachricht von den Bauplänen der Ahmadiyya-Gemeinde einen derartigen Proteststurm hervorrief. Einen Konflikt, der die Einwohnerschaft zunächst zu einen schien, am Ende aber spaltete:

„Diese Moschee, dieser Moscheebau hat H. in zwei Lager geteilt. Die Altansässigen [...] und die Zugereisten, die sich ihr Häuschen hierhin gebaut haben oder nach der ‚Wende‘ erst hierhergekommen sind [...]. Die Moschee hat praktisch zwei Lager geschaffen: die Toleranten und die Kritischen.“ (Anwohnerin PI 1)

Die sozialräumlichen Charakteristika dieses Ortsteils enthalten aber schon einige Hinweise, warum H. für einen Konflikt dieser Art und dieses Ausmaßes denkbar günstige Voraussetzungen bot. Hier sind, nahezu idealtypisch, zwei soziale Figurationen aus der klassischen Gemeindeforschung zu beobachten, die sich konfliktträchtig überlagern. Einerseits die Etablierte/Außenseiter-Figuration: Kein einziges Mitglied der Moscheegemeinde war bis dahin im Ort ansässig gewesen; das Bauprojekt dieser „Außenseiter“ wurde daher von den alteingesessenen „Etablierten“ als Anmaßung verstanden, als Versuch, die „ungleiche Machtbalance“ (vgl. Elias/Scotson 1993, S. 14) auf den Kopf zu stellen.

Die zweite Figuration, die in diesem Konflikt wirksam war, ist die von „Lokalisten“ und „Kosmopoliten“. Auf der einen Seite die Gruppe der „parochial“ Orientierten, die ihre „Interessen weitgehend auf die Gemeinde (beschränken)“ und „ganz in den lokalen Problemen (aufgehen)“. (Merton 1995, S. 373) Auf der anderen Seite die Gruppe der „ökumenisch“ lebenden Kosmopoliten, gewöhnlich Zugereiste, die „signifikant an der Welt außerhalb [...] orientiert (sind) und sich selbst als integralen Bestandteil dieser Welt (betrachten)“. (ebd.) Die latente Konfliktspannung zwischen diesen Gruppen blieb lange Zeit unsichtbar, kam jedoch in einer späteren Phase des Konflikts zum Vorschein, als sich ein

Teil der Einwohnerschaft in einer lokalen „Toleranzinitiative“ zusammenschloss und dem Moscheeprotest entgegenstellte. Dies waren vor allem eben jene jungen, gut ausgebildeten Menschen der jüngsten Zuwanderungsgeneration, deren Zuzug zu einer „leichte(n) Veränderung der Sozialstruktur, vor allem jedoch der sozialräumlichen Kommunikation und politischen Werthaltungen“ (Bahr u. a. 2007, S. 11) geführt hatte.

Diese figurationsbedingten Spannungen müssen vor dem Hintergrund trasierter Deprivations- und Ohnmachtserfahrungen betrachtet werden, die sich, wie wir sehen werden, im Konfliktprozess noch einmal reproduzierten. Wie die H.er das Moscheeprojekt aufnahmen, bringt die Vorsitzende eines Bürgervereins gegenüber der überregionalen Presse mit den Worten zum Ausdruck:

„Hier kommt hin, was sonst keiner will. [...] Nach der Wende war schon mal eine Recyclinganlage für vergiftete Böden im Gespräch, dann eine Wagenburg, jetzt die Moslems.“³³

Solche sozialräumlichen Konstellationen machen uns diesen Konflikt verstehbarer. Man muss sich allerdings davor hüten, darin schon eine Erklärung seiner Genese zu sehen. Um zu verstehen, was den Streit ausbrechen und eskalieren ließ, wenden wir uns nun dem Gang der Ereignisse und der Verlaufskurve zu, zu der sie sich formten.

1.2 Die Konfliktgeschichte

Was war geschehen? – Die Frage klingt einfach, führt aber gerade bei der Rekonstruktion von Konflikten hoher Intensität in methodische Probleme. Denn auch Ereignisgeschichte ist keineswegs unschuldig. Sie greift auf Quellen zurück, die von Parteilichkeit durchtränkt sind. Dabei divergieren nicht nur Wertungen und Kausaldeutungen, sondern auch die Relevanzkriterien und Signifikanzzuschreibungen: Welches Geschehen ist als bedeutsames Ereignis zu betrachten? Was war wirklich geschehen? War überhaupt etwas geschehen, oder wurde das vermeintlich Geschehene von der Gegenseite vielleicht nur erfunden?

Wir versuchen dieses Problem durch eine Kreuzung verschiedener Materialquellen zu lösen. Das sind zum einen die retrospektiven Erzählungen von Zeitzeugen, die am Konfliktgeschehen in verschiedenen Funktionen und auf den verschiedenen Seiten beteiligt waren. Zum anderen stützen wir uns auf zwei chronologische Dokumentationen: Die erste wurde von Aktiven der Bürgerini-

33 Zit. nach Keller, Claudia: „Ein Minarett für Wessis“, Die Zeit online, 18/2006, https://www.zeit.de/2006/18/Minarett_fuer_Wessis [letzter Abruf 02.05.2018]

tiative erstellt, die den Moscheeprotest getragen hatte, die zweite von der später gegründeten „Toleranzinitiative“.³⁴ Die dritte Quelle bildet eine zeitgenössische Studie (Bahr u. a. 2007), die damals im Auftrag des Bezirksamts erstellt wurde.

Nicht immer war die Frage, was geschehen war, im Rückblick noch zu klären. Etliche der – unter den Beteiligten nach wie vor heftig umstrittenen – Fragen müssen wir im Dunkeln belassen. Aber wir verstehen uns auch nicht als die Historiker dieses Konflikts. Wichtiger als die historiographische Frage danach, *was* war, ist uns die soziologische, *wie* es war, genauer: wie sich das Geschehen zu einer spezifischen Verlaufskurve formte. Die auch im Nachhinein unauflösbare Perspektivendivergenz der Materialquellen trägt zur Antwort auf diese Frage erheblich bei.

1.2.1 Die Ereignisgeschichte

Wie also war es zu diesem Streit gekommen? Wir rekonstruieren zunächst seine Entstehungsphase.

Wie der Konflikt entstand

Frühjahr 2006: Das Gerücht greift um sich und wird bald durch einen Presseartikel bestätigt, dass die Ahmadiyya Muslim-Gemeinde auf einem von ihr bereits vorab erworbenen Grundstück eine Moschee errichten will. Bis dahin nutzte sie ein Einfamilienhaus in einem anderen Stadtbezirk, das für ihre Zwecke, wie sie sagte, zu klein geworden sei. Lange habe man vergeblich nach einem geeigneten Bauplatz Ausschau gehalten – und ihn nun endlich gefunden. Schlicht, aber klassisch in der Baugestalt, mit Kuppel und Minarett, solle der Bau gestaltet werden, mit Räumen für Jugendliche und einer Halle für Veranstaltungen.

Unter den Anwohnern H.s trifft diese Ankündigung einer Moscheegemeinde, die nie zuvor im Stadtteil gesehen worden war, auf erhebliche Aufregung – zumal ihr keine Information seitens der Bezirkspolitik vorausgegangen war.

„Wir haben es auch nicht verstanden: Wenn weit und breit kein Moslem hier wohnt, weshalb uns hier eine Moschee hingepflanzt wird.“ (Anwohnerin PI 1)

Auch eine andere Anwohnerin, später Sprecherin der lokalen Toleranzinitiative, bekennt:

34 Die erste wird zitiert als „Chronik Bürgerinitiative“ (online nicht mehr verfügbar; im Besitz der Aut.), die zweite ist abrufbar unter www.heinersdorf-oeffne-dich.de/webcontent/2_0dokumentation_08.php [letzter Aufruf 02.05.2018].

„Und dann konnte ich damit erst mal nichts anfangen, habe sehr erstaunt gesagt: ‚eine Moschee in H., das glaube ich nicht‘. Also das war, glaube ich, die spontane Reaktion von jedem Menschen in H.“ (Sprecherin TI)

Nun setzt eine hektische Jagd nach Informationen ein: Wer ist diese religiöse Gemeinschaft? Was ist von ihr zu erwarten? Eine Suche, die in die Suchmaschinen des WorldWideWeb führt, den wilden, anarchischen Marktplatz ungefilterter Nachrichten und Welterklärungen.

„Ganz H. googelte auf einmal ‚Ahmadiyya‘ und fand dann die Thesen von Frau Dr. S. [eine überregional bekannte „Islamkritikerin“; d. Aut.]. Und dann wurde auf der Internetseite der Ahmadiyya gegoogelt. Dann wurde erst einmal überflogen. Das haben wir später intensiviert. ‚Schweinefleisch macht schwul‘, ‚Frauen schlagen ist erlaubt‘ usw.“ (Anwohnerin PI 1)

„Dann ging die Gerüchteküche quasi los: [...] ‚Die wollen hier missionieren und in großem Stil Gebäude bauen, Moscheen bauen, und so sinngemäß, das Geld kommt von irgendwelchen reichen Hinterwelt- oder Hintermännern, alles ganz dubios, mafios‘, so wurde das beschrieben.“ (Sprecherin TI)

Wenige Tage später verwandelt sich der regulär tagende Bauausschuss des Bezirks, ungeplant und von den Ausschussmitgliedern ungewollt, in eine Art Bürgerversammlung; ohne dass es einer Ankündigung bedurft hätte, nach bloßer Mundpropaganda, ist der Saal so überfüllt, dass die Sitzung in einen größeren Raum verlegt werden muss. Dort hörte man die Projektpräsentation der Architektin an, einem Mitglied der Moscheegemeinde – „*als Muslima verhüllt*“ (Sprecherin TI). Die spätere Sprecherin der lokalen Toleranzinitiative kritisiert im Nachhinein:

„Das war als Einstieg ziemlich Mist, finde ich. Man hätte erstmal den Leuten sagen müssen, hier wird eine Moschee gebaut, und dann hätte die Architektin kommen können und erklären können, wie die aussieht. Also das war der zweite Schritt vor dem ersten, und die Leute fühlten sich völlig vor den Kopf gestoßen. Es gab also Riesenrumult.“ (Sprecherin TI)

Die Aufregungswelle findet nun auch Resonanz im weiteren Umkreis des Orts: Bereits einige Tage nach der Sitzung des Bauausschusses verteilt die NPD Flugblätter, in der sie eine Unterschriftenaktion ankündigt. Auf der anderen Seite warnt eine zivilgesellschaftliche Stiftung auf ihrer Homepage vor „*Neona-*

zis auf Kreuzzug in Berlin“.³⁵ Am selben Tag kommt es zu einem ersten Anwohner treffen, wo über die Gründung eines Bürgervereins beraten wird.

Die Idee, eine Bürgerversammlung einzuberufen, findet dann bei allen Beteiligten einhellige Zustimmung. Man verspricht sich viel davon. Die ehemalige Integrationsbeauftragte der Stadt, eine in der städtischen Öffentlichkeit allseits respektierte Person, soll sie leiten; man glaubt, das Bauprojekt und die Bauherren der Anwohnerschaft so näher bringen zu können. Auch die Moscheegemeinde selbst begrüßt diese Gelegenheit, sich ihren zukünftigen Nachbarn vorstellen zu können. Sie vertraut darauf, dass alle Vorbehalte zu überwinden wären, wenn man sich erst kennen gelernt hätte.

„Die Leute waren richtig wütend. Dann hat der Bürgermeister auch viele Briefe bekommen. Viele Leute haben ihn beschimpft und ihn hart angesprochen [...], als die Baugenehmigung für diese Moschee bekannt wurde. Der Bürgermeister hat mit seinen Leuten gesprochen: Was kann man machen? Dann hat er gesagt: ‚Die beste Art und Weise ist, wir machen hier eine Veranstaltung, eine Versammlung, zu der wir die Ahmadiyya-Leute einladen, dass sie selbst die Fragen des Publikums beantworten‘. [...] Dann haben alle gesagt: ‚Das ist eine gute Idee‘.“ (Imam)

An diesem Tag aber geht schief, was nur schief gehen kann. Im Publikum sitzen Personen aus dem rechtsextremen Spektrum und, wie eine Beobachterin meint, „die Islamhasser aus ganz Berlin“ (*Expertin1*). Auch der spätere Sprecher der Bürgerinitiative Moscheeprotest räumt rückblickend ein, dass „da Rechte (waren)“ und „ein paar Schreihälse“ (*Sprecher PI*).

Verhängnisvoll aber wirkt sich ein Planungsfehler aus. Man hatte mit allenfalls 500 bis 600 Teilnehmern gerechnet, doch es kommen ca. 1.700 Personen. Als der Saal überfüllt ist, müssen die Tore geschlossen werden. Hunderte stehen vor verschlossenen Türen; der Forderung, die Diskussion per Lautsprecher zu übertragen, wird nicht stattgegeben; die Gründe sind nicht zu erfahren. Unmut und Empörung breiten sich aus. Die Versammlung wird schließlich aus Sicherheitsgründen abgebrochen. Die Mitglieder der Moscheegemeinde erleben massive Anfeindungen und müssen unter Polizeischutz aus dem Gebäude eskortiert werden. All das geschieht vor den Augen der Medienöffentlichkeit. Denn man hat nicht nur die lokale Presse, sondern auch alle großen Zeitungen des Landes sowie Kamerateams der Rundfunkanstalten eingeladen. Diese katapultieren die Bilder des Ereignisses in die bundesweite und internationale Öffentlichkeit. Damit ist der Moscheestreit in H. nicht länger ein rein lokales Phänomen. Er trifft auf ein ungeheures Medienecho, und seine Akteure sehen sich mit einem Schlag auf die Bühne der Weltöffentlichkeit gestellt, vor der sie sich zu rechtfertigen

35 Fischer, Ralf, www.mut-gegen-rechte-gewalt.de [letzter Abruf: 15.3.2006].

haben. Von diesem Zeitpunkt an ist der Konflikt auch ein Streit um die mediale Präsentation des Konflikts.

Von nun an überschlagen sich die Ereignisse. Immer neue Akteure aus der großstädtischen Öffentlichkeit schalten sich in das Geschehen ein; Bündnisse und neue Konfliktfronten entstehen. Das Geschehen wird unübersichtlich. Im Rückblick ist das Ereignisknäuel kaum noch zu entwirren. Denn die retrospektiven Erzählungen der Beteiligten driften immer mehr auseinander. Kaum noch kann man sich darüber einigen, was überhaupt und warum es geschehen war. Was für die einen ein herausragendes Ereignis war, ist für die anderen ein unbedeutendes Detail. Was die einen für fraglos evident erachten, wird von den anderen als Inszenierung oder Betrug abgetan. Die Konfliktparteien leben von diesem Zeitpunkt an in verschiedenen Welten. – Wir skizzieren die weitere Entwicklung nur in groben Linien, die keiner strikt chronologischen Ordnung mehr folgen.

Selbstorganisation des Protests

Die protestierende Anwohnerschaft entschließt sich zur Gründung einer Bürgerinitiative. Diese setzt politisch zunächst auf die institutionell vorgegebenen Verfahrenswege. Sie reicht ein erstes „Bürgerbegehren“ ein. Es wird jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass es die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit verletze. Man reicht daraufhin ein zweites Bürgerbegehren mit veränderter Fragestellung ein:

„Sind Sie dafür, dass das Bezirksamt Pankow den Ahmadiyya Muslim Jamaat e. V. schriftlich anregt, den beabsichtigten Neubau einer Moschee und eines islamischen Gemeindezentrums in Pankow unter Berücksichtigung der Sachargumente des hier im Bezirk entstandenen Bürgerprotests zu überdenken?“³⁶

Aber auch in dieser Variante wird das Bürgerbegehren – mit ähnlich lautender Begründung – abgelehnt. Daraufhin setzt die Bürgerinitiative nunmehr vorrangig auf „außerparlamentarische“ Aktionsformen – Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftenlisten.

So heftig und scheinbar einmütig der Protest auch ausfällt, so zeichnen sich doch bereits in dieser Anfangsphase des Konflikts Differenzen ab, die später zur Spaltung der Anwohnerschaft führen werden. Ohne dass dies öffentlich sichtbar wird, distanzieren sich einzelne Personen schon vom Protest. Ein Mitglied der (informellen) Gründungsgruppe des Protests entscheidet sich gegen die wei-

36 Begleitdokument zur Chronik (nicht mehr im Internet verfügbar).

tere Mitarbeit, als sie die ersten öffentlichen Verlautbarungen der Bürgerinitiative zur Kenntnis nimmt:

„Ich komme aus dem Urlaub zurück, und habe dieses Flugblatt im Briefkasten, und habe gedacht, mich trifft der Schlag! Also das war eine derart rechte Frontalansage, dass ich gedacht habe: Ich bin jetzt auch nicht dafür, aber das meine ich nicht. Das war ganz schrecklich, da ging es also um ‚Landnahme‘ [...] und ‚die haben sich den Ort strategisch ausgesucht, weil es eben in der Einflugschneise liegt‘. Als wollten die irgendwelche Flugzeuge abschießen. [...] Und da war ich völlig schockiert.“ (Sprecherin TI)

Sie wird später als Sprecherin der lokalen Toleranzinitiative hervortreten.

Antagonistische Mobilisierungen

Unmittelbar nach der gescheiterten Bürgerversammlung beginnt nun eine Serie von Protestaktionen, die wiederum durch Aktionen des Gegen-Protests aus dem weiteren Umfeld der großstädtischen Öffentlichkeit beantwortet werden. Diese Kette reziproker Protestbekundungen wird erst nach zweieinhalb Jahren, mit dem Abschluss des Bauprojekts, zum Ende kommen.

Als erste – nur zwei Tage nach der gescheiterten Bürgerversammlung – organisiert eine rechtsextreme Organisation, die NPD, eine Demonstration, an der allerdings nur ca. 150 Personen teilnehmen (nach Einschätzung außenstehender Beobachter ohne nennenswerte Beteiligung von Anwohnern). Darauf reagieren Bezirkspolitik, eine benachbarte evangelische Kirchengemeinde und ein stadtweites antirassistisches Netzwerk mit einer Gegendemonstration unter dem Motto *„Interkultureller Dialog statt nationaler Einfalt“*.

Die eigentlichen Konfliktparteien jedoch sind in dieser ersten Phase lange Zeit kaum sichtbar. Und die Bezirkspolitik schweigt: Erst sechs Wochen nach der gescheiterten Bürgerversammlung erscheint ein lange zuvor angekündigter „Bürgerbrief“, in dem sie ihre Position klärt und argumentativ rechtfertigt. Die Protestinitiative setzt vergleichsweise spät auf Aktionsformen der Massenmobilisierung. Erst Anfang Juni, ca. zehn Wochen nach der gescheiterten Bürgerversammlung und nach Ablehnung des ersten Bürgerbegehrens, ruft sie zu einer Kundgebung auf, an der dann 1500 Personen teilnehmen.

Die antagonistische Mobilisierung erfährt noch eine Zuspitzung durch militante Gruppen des Gegen-Protests: Regionale Antifa-Gruppen mobilisieren gegen den „rassistischen“ Moscheeprotest. Eine Demonstration dieser Gruppen wird von der Anwohnerschaft als Gewaltdrohung interpretiert: Dort werden Bilder erhängter Gartenzwerge plakatiert und Namen und Adressen von Personen verlesen, die den Protest unterstützen.